

und die durch sie bedingten Flexibilitätsimperative, die Globalisierung bzw. Internationalisierung der Lebensbedingungen und Hochschulen, ein Wertewandel unter individualistischen und hedonistischen Vorzeichen, eine komplexer gewordene politische Kultur sowie die veränderte „soziale Rolle“ der Studierenden als durchkonditionierter Anwärter auf „berufsbefähigende“ Kompetenzen ohne Raum für „außerfachliche, politische oder kulturelle Aktivitäten“.<sup>1660</sup>

Insgesamt haben die ersten zwanzig Jahre der „neuen“ Bundesrepublik also, spitzt man insbesondere die Längsschnittbetrachtungen Bargels zu, zu einer Metamorphose der Studierenden von „sattelfesten“<sup>1661</sup> in politisch weitgehend desinteressierte „labile Demokraten“<sup>1662</sup> geführt, zu einer Erosion der „Gefestigkeit“ ihrer demokratischen Überzeugungen und gerade dort zu weltanschaulichem Orientierungsverlust, wo einst politische Lager Deutungsangebote offerierten. Interessanterweise aber wird daraus nicht gefolgert, dass das politische Potenzial der – Konfliktivität und Pluralität mehrheitlich ablehnenden – Studierenden, insbesondere deren Protestpotenzial, abgenommen habe. Denn nicht nur standen der Masse der „entpolitisierten“ Studierenden weiterhin engagementkräftige Aktivistenzirkel gegenüber. Auch wird der Verzicht auf politische Partizipation im Bereich von Parteien, Organisationen, Politgruppen und Hochschulgremien durch einen erratisch erscheinenden Missmut gegenüber den verfügbaren Partizipationsmöglichkeiten konterkariert. Man ist also auch im Spitzenjahr des Konventionalismus 2007 keineswegs harmonisch „angepasst“, sondern diffus unzufrieden.<sup>1663</sup>

### II.3.4 Rückkehr der Politik in die Survey-Berichte und fortgesetzter Trend zur weltanschaulichen Fragmentierung: die 2010er Jahre

Im Sommersemester 2010 führten Mitarbeiter des Studierendensurveys und des Hochschul-Information-Systems (HIS) Hannover eine gesonderte Online-Erhebung durch. Die ohnehin fast nur noch residualen Konfliktfronten unter den Studierenden lösten sich demnach weiter auf, insbesondere die Anhängerschaft einer grundsätzlichen „Systemkritik“ dezimierten sich; soziale Sekuritäten und eine starke Orientierung an der Herkunftsfamilie gewannen demgegenüber zunehmend an Wichtigkeit.<sup>1664</sup> Noch einmal wird hier – wenngleich äußerst zurückhaltend und unter explizitem Degout gegenüber derartigen „einprägsamen Etikettierungen“ – die Frage nach den Konturen einer „Studentengeneration 2010“ gestellt.<sup>1665</sup> Hier stellte man eine gewachsene „Angst vor Misserfolg“ fest und bezeichnete die mit dieser verbundenen, zunehmend verbreiteten „Befürchtungen, trotz aller eigenen Anstrengung und bei

1660 Ibid., S. 3f. sowie Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 4f.

1661 Bargel, Tino: Studierende und Politik im vereinten Deutschland. *Bildung-Wissenschaft-aktuell*, H. 3/1994.

1662 Bargel: Wandel politischer Orientierungen, S. 26.

1663 Ibid.

1664 Bargel, Tino/Simeaner, Hans: Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen der Studierenden. Online-Erhebung im Rahmen des Studierendensurveys im Sommer 2010, Bonn/Berlin 2011, S. 13.

1665 Ibid., S. 5 und S. 14.

allem beruflichen Optimismus, letztlich zu den Verlierern zu gehören“, als historisches Novum unter Studierenden seit der Nachkriegsperiode.<sup>1666</sup> Darüber hinaus fiel das zunehmend zaghafte Antwortverhalten auf, ein stärkeres Wegducken in Richtung der checkboxes „teils/teils“, „weiß nicht“ und „kann ich nicht sagen“ – ein Phänomen, das als „Konzept- und Positionslosigkeit“ bzw. „Scheu vor der eigenen Meinungsbildung“ interpretiert wurde.<sup>1667</sup> Eine klare Generationsgestalt sei daher nicht zu haben, abgesehen von der möglichen Kennzeichnung als „unauffällige Generation“ – „ohne spezifisches Profil, ohne eigene Kanten oder besondere Farbe“.<sup>1668</sup> In diesem Zusammenhang ist sicher auch das geschwundene Mitteilungsbedürfnis von Studierenden zu sehen, ablesbar an der sukzessive abnehmenden Bereitschaft zur Teilnahme am Studierenden-survey insgesamt.<sup>1669</sup> Die Konturen verwischende Widersprüchlichkeit der studentischen Orientierungen wird auf folgende Formel gebracht:

„Was vordem den Studierenden als unvereinbarer Gegensatz erschien, das erleben sie heute seltener und weniger ausgeprägt als Widerspruch. Wir beobachten also, dass mehr und mehr Studierende zugleich Utilitarismus, aber auch mehr Idealismus vertreten; weniger soziale Solidarität üben, aber mehr auf Familie und Freundschaft setzen; weniger öffentliches Engagement zeigen, aber viel Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen äußern.“<sup>1670</sup>

Indes: Sowohl die allgemeine Akzeptanz von Protestaktionen als auch die persönliche Bereitschaft zur Teilnahme an ebensolchen fiel in dieser Umfrage vergleichsweise hoch aus.<sup>1671</sup>

Infolge dieser Studie nahmen die Hauptberichte des *Studierendensurveys*, beginnend mit dem 12. Survey,<sup>1672</sup> die Frage-Items zu politischen und gesellschaftlichen Orientierungen wieder auf. Ein spezifisches, damit verbundenes Erkenntnisinteresse wurde nicht mehr formuliert; auch inwiefern für diese Entscheidung die Erfahrung des Bildungsstreiks von 2009 und 2010 ausschlaggebend gewesen ist, geht aus den Berichten nicht explizit hervor – wengleich diese Vermutung zweifelsohne naheliegt.<sup>1673</sup>

In den Ergebnissen des 12. Surveys, durchgeführt im Wintersemester 2012/13, sank zunächst das politische Interesse weiter: Nur noch 32 Prozent der Studierenden bezeichneten sich als „sehr stark“ politisch interessiert – gegenüber 46 Prozent im Jahr 2001.<sup>1674</sup> Parallel dazu geriet die Selbstverortung im linken politischen Spektrum im-

1666 Ibid., S. 15.

1667 Ibid., S. 15f., auch ibid., S. 16: „Auch nach den neueren Befunden ist festzuhalten: Ideale, noch mehr Visionen sind den Studierenden heute eher fremd, jedenfalls weit mehr als früheren Studentengenerationen. Sie richten sich in der Rolle des Kunden ein, verlieren damit aber an Verantwortung und Mitgestaltung.“

1668 Ibid., S. 16.

1669 Zwischen 1997 und 2004 sank die Rücklaufquote von über 40 auf unter 30 Prozent; seit 2006 auf unter 20 Prozent, vgl. Multrus: Der Studierendensurvey, S. 9.

1670 Bargel/Simeaner: Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen, S. 14.

1671 Vgl. ibid., S. 35-48. Vgl. auch 12. Studierendensurvey 2012/13, S. 42f.

1672 Vgl. 12. Studierendensurvey 2012/13, S. 407-438.

1673 Nicht auszuschließen ist außerdem ein wiedererwachtes ministerielles Interesse an dieser Thematik.

1674 Vgl. ibid., S. 38.

mer unbeliebter (von 59 Prozent 1993 und 1995 auf 45 Prozent 2013) bei nichtsdestotrotz hegemonial bleibender rot-grüner Wählerklientel.<sup>1675</sup> Weiterhin äußerte nur eine Minderheit Interesse an der Arbeit in Hochschulgremien oder politischen Vereinigungen: aktiv engagiert waren nur 2 bzw. 4-5 Prozent der Studierenden, während sich für die Arbeit der vergleichsweise unpolitisch auftretenden Fachschaften immerhin 48 Prozent der Befragten grundsätzlich interessieren und 14 Prozent aktiv partizipieren.<sup>1676</sup> Deutlich durchwachsender fiel die Zustimmung zu anderen demokratischen Prinzipien aus: nur 37 Prozent outeten sich als entschiedene Verfechter pluralistischer Interessenpolitik, aber ein Drittel sprach sich gegen eine regierungskritische Opposition aus.<sup>1677</sup> Dem Typus der „gefestigten Demokraten“ gehörten nunmehr 16 Prozent der Studierenden an – insgesamt ein weiterhin geringer Wert (1993: 30 Prozent, 2004: 12 Prozent).<sup>1678</sup> Gegenüber den Bildungsprotesten von 2009 und 2010 hatte sich das studentische Protestpotential reduziert: Sowohl die Aktionsformen der Demonstrationen und Kundgebungen als auch der Boykott von Lehrveranstaltungen und Institutsbesetzungen fanden im Vergleich zur Online-Erhebung von 2010 deutlich geringere Akzeptanz.<sup>1679</sup>

Der aktuelle, knapper gefasste, 13. *Studierendensurvey* (Erhebungszeitraum Wintersemester 2015/16) verzeichnet eine – im Übrigen parallel zu einem Anstieg des politischen Interesses in der Gesamtbevölkerung verlaufende – erratisch erscheinende Tendenz zur Repolitisierung der Studierendenschaft, zumindest hinsichtlich des Interesses am allgemeinen politischen Geschehen.<sup>1680</sup> Besonders verblüffend sind die Zahlen, wenn man in Betracht zieht, dass die Sphäre des Privaten, also Partnerschaft und Herkunftsfamilie, Bekannte und Freunde sowie Geschwister als am höchsten geschätzter „Lebensbereich“ die Emotionen, Wertschätzungen und Strebungen der Studierenden bindet wie nie zuvor.<sup>1681</sup> Das „sehr starke“ Interesse stieg hier nach dem Tiefstwert von 37 Prozent (2007) und 32 Prozent (2012/13) wieder an; 2015/16 lag der Wert bei 43 Prozent.<sup>1682</sup> Sicherlich ist dabei zu berücksichtigen, dass tagespolitische Entwicklungen wie die stark emotionalisierte und teils polarisierte Diskussion um das Thema „Flüchtlinge“ 2015 einen kurzfristigen Einfluss ausüben können; überhaupt „nimmt die Wichtigkeit des Politischen in der Studentenschaft einen konjunkturellen Verlauf, es gibt keinen einfachen linearen Trend; die Spannweite von niedrigstem und höchstem Wert der Wichtigkeit ist mit neun Prozentpunkten als erheblich einzuschätzen.“<sup>1683</sup> Zudem zei-

---

1675 Vgl. *ibid.*, S. 39f.

1676 Vgl. *ibid.*, S. 39 und 38.

1677 Vgl. *ibid.*, S. 41.

1678 *Ibid.*

1679 *Ibid.*, S. 43. „Daran lässt sich ablesen, dass die Auseinandersetzungen um die Studienbedingungen in den Jahren 2009 und 2010 sich deutlich beruhigt haben, aber noch nachklingen. Sowohl das Protestpotential unter den Studierenden insgesamt ist demnach merklich zurückgegangen als auch die mögliche Schärfe und Aggressivität in den Kritikpunkten haben nachgelassen.“ *Ibid.*

1680 Vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis, Hg.), und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB, Hg.): Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn 2018, S. 351.

1681 Vgl. 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 79.

1682 Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 215.

1683 12. Studierendensurvey 2015/16, S. 409.

gen die sonstigen Items eine eigenwillige Mixtur aus Fortführung langfristiger Trends einerseits und auffällig wachsender Inkohärenz andererseits.

Aus diesem Grund lohnt sich ein abschließender detaillierter Blick auf diese Trendentwicklungen. Zunächst zeichnet die Frage nach der Unterstützung demokratischer Prinzipien ein uneinheitliches Bild: Konstant hoch bleibt die Zustimmung zu Demonstrationsfreiheit (2012/13: 69 Prozent<sup>1684</sup>, 2015/16: 91 Prozent<sup>1685</sup>) und Gewaltverzicht (2012/13: 88 Prozent<sup>1686</sup>, 2015/16: 89 Prozent<sup>1687</sup>). Zudem scheinen Konflikte zwischen Interessengruppen weniger stark gegen das Gemeinwohl ausgespielt, demokratische Konfliktivität wieder stärker akzeptiert zu werden: Die Skepsis gegenüber derartigem „Parteienstreit“ ist von 33 Prozent 2004 bzw. 28 Prozent 2007 auf 17 Prozent 2013 bzw. 22 Prozent 2015/16 gefallen, also immerhin von einem Drittel auf ein Viertel der Studierenden.<sup>1688</sup> Auch die Sympathien gegenüber einer regierungskritischen Opposition sind angestiegen: 57 Prozent negieren die Aussage, deren Rolle sei primär die Unterstützung der amtierenden Regierung (gegenüber 66 Prozent 1995, aber auch 39 Prozent 2004).<sup>1689</sup> Ungebrochen eingefordert wird auch das Recht aller Bürgerinnen und Bürger, „notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.“<sup>1690</sup> Demgegenüber ist allerdings eine Tendenz zur Höherwertung der öffentlichen Ordnung gegenüber dem Demonstrations- bzw. Streikrecht zu verzeichnen: 35 Prozent (2016) halten einen Entzug bei Ausschreitungen für gerechtfertigt (2007: 29 Prozent).<sup>1691</sup> Unmittelbar partizipieren wollen weiterhin nur die wenigstens: Gerade einmal 5 Prozent melden Interesse an studentischer Politik in ihrer Hochschule an. Insgesamt kommt der *Studierendensurvey* zu dem Schluss, dass die „demokratische Grundhaltung“ bzw. der „demokratische Habitus“ der Befragten nunmehr „gefestigter“ sei, wenngleich der Anteil der „labilen Demokraten“ mit 34 Prozent und jener der „zweifelnden Demokraten“ bzw. der „Antidemokraten“ mit zusammengenommen 11 Prozent noch immer bedenkenswert ausfalle.<sup>1692</sup>

Die Positionierung der Studierenden zu den seit 1982/83 abgefragten gesellschaftspolitischen Zielen sprengt immer deutlicher die Orientierungsschablonen der „klassischen“ politischen Lager. So befindet sich die Zustimmung zur Maxime „Sicherung der freien Marktwirtschaft“ seit der Jahrtausendwende auf dem Sinkflug: Die entsprechenden Werte fielen drastisch von 70 Prozent 2004 auf 55 Prozent 2015/16 – ein Tiefstrekord verglichen mit 66 Prozent 1985 und 68 Prozent zwischen 1995 und 1998.<sup>1693</sup> Dem entspricht einerseits, dass die Befürworter einer „Reduzierung des Wohlfahrtsstaats und der sozialen Sicherungssysteme“ von 28 Prozent 2004 auf 12 Prozent 2015/16 geschrumpft (und die diese Forderung Ablehnenden im selben Zeitraum von 53 auf 68

1684 Vgl. 12. Studierendensurvey 2012/13, S. 41.

1685 Vgl. 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 89 und 91.

1686 Vgl. 12. Studierendensurvey 2012/13, S. 41.

1687 Vgl. 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 89 und 91.

1688 Vgl. Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 216 und 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 89.

1689 Vgl. Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 216 und 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 89.

1690 Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 216.

1691 Vgl. *ibid.*, S. 216.

1692 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 91.

1693 Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 220, vgl. außerdem Datenalmanach Studierendensurvey 2007, S. 227.

Prozent gewachsen) sind.<sup>1694</sup> Zudem wird Umweltschutz zunehmend vor Wirtschaftskraft priorisiert (72 Prozent 2004, 80 Prozent 2015/16<sup>1695</sup>), und auch die Zustimmung zum sozialistischen Prinzip der „Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken“ ist auffällig gestiegen, nämlich von 20 Prozent Zustimmung 1985 über 15 Prozent 1993 und 16 Prozent 2007 auf 25 Prozent 2015/16, also auf immerhin ein Viertel der Studierenden!<sup>1696</sup> Auch fordert man die harte Bestrafung von Kriminalität (drei Viertel stimmten dem 2016 zu) immer häufiger.<sup>1697</sup> Hier hat sich also einerseits offenbar ein gerüttelt Maß an Sicherheitsbedürfnis, etatistischen bzw. protektionistischen Sehnsüchten etabliert.<sup>1698</sup> Andererseits aber sind auch politische Prinzipien beliebter geworden, die gerade Weltoffenheit und Fortschritt fokussieren, so etwa die stärkere Förderung technologischer Innovationen (83 Prozent 2015/16)<sup>1699</sup> als auch ein kosmopolitischer werdendes Deutschland: Immer weniger Studierende wünschen sich die Abwehr von Immigration (30 Prozent 2015/16 statt 42 Prozent 2007).

Die gleichwohl noch vorhandenen Residuen einer weltanschaulichen Polarisierung werden bei einem Vergleich der verschiedenen Fachbereiche sichtbar. Studierende der Sozial-, Kultur-, und Sprachwissenschaften bleiben „ausgeprägte Kontrahenten“ ihrer wirtschafts-, ingenieur-, und rechtswissenschaftlichen Kommilitoninnen und Kommilitonen: Während erstere deutlich stärker egalitäre, ökologische, materiell-solidarische und kosmopolitische politische Ziele befürworten, legen letztere den Akzent auf technologische Förderung, härtere Bestrafung von Kriminalität und marktwirtschaftliche Prinzipien; auch die Kritik an Zuwanderung und „kultureller Überfremdung“ findet unter ihnen stärkeren Widerhall, während sie merklich distanzierter zu Interessenpluralität und kritischer Opposition stehen.<sup>1700</sup>

Aufschlussreich wäre an dieser Stelle sicherlich ein weiterer Kommentar der Konstanzer Forscher zur Auswahl der Antwortmöglichkeiten „weiß nicht“ und „teils/teils“ sowie zur Nichtbeantwortung der einzelnen Items gewesen, die 2010 deutlich häufiger frequentiert wurden.<sup>1701</sup> Der zu vermutende Trend zur politischen Indifferenz bzw. Fragmentierung, der sich auch in den gesunkenen Rücklaufquoten ausdrückt, hätte sich hieran noch einmal prüfen lassen. Aber: Dass der bereits 1996 von Demirović konstatierte Bedeutungsverlust auch der schematischsten politischen Orientierungsprothese, der Richtungsskala von „Links“ und „Rechts“, sich weiter verstetigt bzw. verstärkt hat, wird man als gesichert ansehen dürfen.

1694 Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 221.

1695 Ibid., S. 220.

1696 Ibid., S. 220 und Datenalmanach Studierendensurvey 2007, S. 227.

1697 Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 220.

1698 Vgl. 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 87. Ob und inwiefern sich dieses Muster in Parteipräferenzen abbildet, wurde hier leider nicht zu Protokoll gegeben.

1699 Datenalmanach Studierendensurvey 2017, S. 220.

1700 13. Studierendensurvey 2015/16, S. 89f.

1701 Vgl. Bargel/Simeaner: Gesellschaftliche Werte und politische Orientierungen, S. 15f.